

INTERVIEW

Ein Aargauer
Zentralspital?

links.ag: Jürg Knuchel, was kann das vorgeschlagene Zentralspital bringen?



Jürg Knuchel: Die Tendenz zur Zentralisierung unserer traditionell dezentralen medizinischen Versorgung ist unverkennbar. Der medizinische Fortschritt hat uns ungeahnte Abklärungsmöglichkeiten eröffnet, birgt aber auch grosse Risiken und kostet viel. Das erforderliche Know how lässt sich zunehmend nur noch durch Zentralisierung und Interdisziplinarität erreichen. Die Konzentration an nur einem Standort hätte wahrscheinlich ökonomische und medizinische Vorteile geboten. Der Vorschlag eines «virtuellen» Zentralspitals an zwei Standorten entspricht deshalb einem regionalpolitischen Kompromiss. Ein Zusammenschluss auf strategischer, teilweise auch auf operativer Ebene wird aber unumgänglich sein und auch die Regional- und Bezirksspitäler mit einschliessen müssen. In der regierungsrätlichen Botschaft wird nur von Kosten und nicht vom Kosten-/Nutzenverhältnis gesprochen. Vielleicht wäre der regionalpolitisch motivierte Entscheid sonst nicht so leicht gefallen.

Gehört die Psychiatrische Klinik Königsfelden (PKK) nicht auch in dieses Zentralspital?

Die PKK ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer medizinischen Versorgung. Es braucht da eine gute Zusammenarbeit. Eine räumliche Zusammenlegung drängt sich aber nicht auf, da der Synergieeffekt wohl zu gering wäre. Ich hätte es sehr begrüsst, wenn die psychiatrische Klinik Königsfelden in der regierungsrätlichen Botschaft zu einem Aargauer Zentralspital klarer Erwähnung gefunden hätte.

Wurden die ÄrztInnenschaft und das Personal einbezogen?

Nein.

Jürg Knuchel von Aarau ist Leitender Arzt am Kantonsspital Aarau. Er kandidiert 2011 für den Nationalrat. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.

Neoliberalismus und Antidemokratie

In unserem Land hat die Demokratie neuerdings einen schweren Stand. Demokratie schliesst ja seit den grossen Revolutionen des 18. Jahrhunderts in Amerika und Frankreich mit ein, dass der Mensch bestimmte, unveräusserliche Grundrechte hat. Zum Beispiel das Recht auf Gewissens- und Religionsfreiheit. Diese Rechte darf niemand verletzen. 1945 wurden sie in der UN-Menschenrechtscharta festgehalten. Cédric Wermuth

Die Grund- oder Menschenrechte wollen den einzelnen Menschen vor Übergriffen durch eine stärkere Macht schützen, nicht zuletzt vor Übergriffen durch die Mehrheit. In der Schweiz hat sich aber in letzter Zeit ein Demokratiebegriff eingeschlichen, der das Recht der Mehrheit über alles stellt. Die Mehrheit darf beispielsweise die Religionsfreiheit einer Minderheit beschränken, wie das mit der Minarettinitiative geschehen ist. Fortschrittliche und aufgeklärte DemokratInnen rieben sich nach dieser Abstimmung verwundert die Augen: Wie war das in der modernen Schweiz des 21. Jahrhunderts möglich? Tatsächlich aber ist die schrittweise Auflösung eines Demokratiebegriffs, der auf unbedingten individuellen und kollektiven Rechten beruht, eine logische Folge des geltenden Zeitgeistes: des neoliberalen Denkens.

Wie so viele die Demokratie aufweichende politische Ideen unserer Zeit kommt auch die Relativierung der Grundrechte aus den neueren Wirtschaftswissenschaften, der so genannten neo-klassischen Theorie. Sie bildet die Grundlage der neoliberalen Theorie und beherrscht heute praktisch unangefochten die wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühle an den Universitäten. Im Kern des neoliberalen Weltbildes steht die Überzeugung, dass das grundlegende Ordnungsprinzip menschlicher Gesellschaft der Markt sein muss. Der Markt wird durch den Ort bestimmt, an dem sich Angebot und Nachfrage treffen: der bestimmt den Preis. Der Markt kennt keine Werte, keine Rechte, kein Gut oder Böse, keine Solidarität, keine Gerechtigkeit, nur den Preis. In diesem Weltbild überlebt nur, wer sich flexibel dem «Markt» anpasst. Das schlimmste, was passieren kann, ist, wenn sich jemand erfrecht – meist der Staat – in diesen Markt einzugreifen, also beispielsweise ihm Ziele oder Preise vorzugeben.



Die Vorstellung, dass der Markt die ideale Form für die Organisation der Gesellschaft ist, wurde Schritt für Schritt von der reinen Wirtschaftslehre auf immer neue Bereiche übertragen: Bildung, Gesundheit und eben auch das Verständnis von Demokratie. Friedrich August von Hayek, einer der Vordenker der neoklassischen und neoliberalen Schule, ging sogar so weit, dass er die Menschenrechte als etwas «Marktverzerrendes» ablehnte. Sie verhinderten seiner Ansicht nach einen «reinen» Wettbewerb zwischen den Kulturen, in dem es richtig ist, wenn untergeht, wer am Markt nicht besteht.

Diese Denkschule hat die SVP übernommen: Demokratie ist ein Markt, auf dem die Mehrheit den Preis setzt. Und in diesen Markt darf niemand eingreifen, keine Gerichte, keine Menschenrechte. Wirtschaftlicher Liberalismus und reaktionärer Nationalismus finden so ihre Berührungspunkte: Sie sind im Kern beide antidemokratisch.

Cédric Wermuth von Baden ist Vizepräsident der SP Schweiz und Einwohnerrat. Er kandidiert 2011 für den Nationalrat.